

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Für Freiheit und Sicherheit im Netz - Cyberkriminalität effektiv abwehren - Drucksache 6/10435 vom 22.01.2019

Der Landtag stellt fest:

Unter Cyberkriminalität versteht man Straftaten gegen Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten oder Straftaten, die mittels Informationstechnik begangen werden. Straftaten im Netz nehmen mit rasanter Geschwindigkeit zu. Das „Bundeslagebild Cybercrime 2017“ des Bundeskriminalamts verzeichnet wiederholt einen weiteren Anstieg der Cyberkriminalität. Für 2017 sind über 250.000 Fälle, die mit dem Tatmittel Internet begangen wurden zu verzeichnen, diese verursachten einen wirtschaftlichen Schaden von knapp 72 Millionen Euro. Die Dunkelziffern sind jedoch weitaus höher; jeder zweite deutsche Internetnutzer wurde mittlerweile Opfer von Cyberkriminalität.

Die Vorfälle der vergangenen Wochen und Monate verdeutlichen, wie breit das Spektrum der Bedrohung durch Cyberkriminalität ist. Allein im Januar 2019 wurden zwei große Datendiebstähle bekannt: die Veröffentlichung privater Daten deutscher Politikerinnen und Politiker sowie prominenter Persönlichkeiten, durch Zusammentragen und Veröffentlichen, sog. „Doxing“, und der Fall „Collection #1“ mit über 1,16 Milliarden veröffentlichten Kombinationen von E-Mail-Adressen und Passwörtern. Anbahnung sexuellen Missbrauchs über soziale Medien, sog. Cyber-Stalking und -grooming, Nötigung und Erpressung, Identitätsmissbrauch und Gewaltandrohungen sind weitere Ausprägungen von Cyberkriminalität, die sich oftmals gegen Frauen richten. Laut Europäischer Grundrechteagentur hat mindestens ein Zehntel aller Mädchen und Frauen bereits „digitale Gewalt“ erfahren.

Die zunehmende Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche führt dazu, dass auch Brandenburg verstärkt von Cyberkriminalität betroffen ist. Die Landesregierung hat das Problem erkannt, besitzt aber noch Spielraum zur Umsetzung von Maßnahmen, um die Brandenburgerinnen und Brandenburger besser vor digitalen Straftaten zu schützen. Mit dem Cyber-Competence-Center entstand eine neue Fachdienststelle, in der die präventiven und repressiven Aufgaben sowie die Ermittlungsunterstützung zur Bekämpfung der Cybercrime zusammengefasst werden.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen sich nicht nur auf der Straße, sondern auch im digitalen Raum sicher bewegen können. Eine entsprechende Ausstattung der Polizei ist dabei unbedingt erforderlich. Im Wettstreit um qualifizierte IT-Fachkräfte unterliegen die Angebote der Ermittlungsbehörden oft gegenüber jenen der Privatwirtschaft. Hier sind dringend Verbesserungen erforderlich, damit gut ausgebildete Expertinnen und Experten der Polizei der zunehmenden Komplexität der Cyberkriminalität gerecht werden.

Der Landtag möge deshalb beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

Wissen und Handlungsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken, indem

1. landesweite Aufklärungskampagnen zu den Themen Datensicherheit sowie Cybergewalt und Cybersexismus initiiert werden;
2. im Rahmen der Medienbildung und Gewaltprävention an Schulen sowie der Medienbildung in der Jugendbildungsarbeit und in der Erwachsenenbildung verstärkt Informations- und Aufklärungsarbeit über Cybermobbing, -grooming, -stalking, -sexismus und -gewalt gefördert wird;
3. die Maßnahmen gegen Cybergewalt im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern ausgebaut werden u.a. durch eine Kampagne gegen „Cyberstalking“ und den Aufbau von Beratungsstrukturen für Betroffene von Cybergewalt;

die Polizeibehörden in ihrem Vorgehen gegen Cyberkriminalität zu stärken, indem

4. geprüft wird, wie eine geschlechterdifferenzierte Erfassung der Opfer von digitaler Gewalt vorgenommen werden kann;
5. an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg das Angebot an Studienmodulen zum Deliktsbereich „Cyberkriminalität“ auszubauen;
6. die Ansprechbarkeit der Polizeibehörden in sozialen Netzwerken und Internetforen weiter zu stärken;

koordiniertes Handeln gegen Cyberkriminalität zu stärken,

7. indem sie sich weiterhin für eine bessere Vernetzung der deutschen Cybersicherheitsbehörden einsetzt und Anzeigen wegen Hackings an die zuständigen Bundesbehörden übermittelt.

Begründung:

Das Internet ist mittlerweile ständiger Begleiter der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Smartphone, Tablet und Notebook gehören mittlerweile ebenso in die Rucksäcke, Jacken- und Handtaschen wie Geldbörse und Hausschlüssel. Die vernetzte Gesellschaft bietet zahlreiche positive Aspekte. Sie trägt unter anderem dazu bei, dass der Zugang zu Wissen überall und jederzeit möglich ist und Menschen auf der ganzen Welt einfach miteinander in Kontakt treten und bleiben können.

In den vergangenen Monaten standen jedoch vermehrt die negativen Auswirkungen des digitalen Raumes in den Schlagzeilen: „Doxing“, „Cybergrooming“ sowie die massenhafte Veröffentlichung privater Daten wie E-Mailadressen samt Passwörtern trugen zur Beunruhigung und Verunsicherung der Brandenburgerinnen und Brandenburger bei. Studien belegen, dass ein Großteil der Bevölkerung bereits selbst von Cyberkriminalität betroffen war.

Frauen und Mädchen sind auch im Netz auf besondere Weise von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen. Hier sind dringend Maßnahmen nötig, um die bestehenden Hilfestrukturen auszubauen und zu verstärken. Zum Beispiel soll das Land Brandenburg durch eine eigene Kampagne dazu beitragen, dass der Bedrohung durch „Cyberstalking“ größere Aufmerksamkeit zuteilwird und potenziell Betroffenen Möglichkeiten aufgezeigt werden, sich gegen Täterinnen und Täter zur Wehr zu setzen. Darüber hinaus erleben Frauen, die sich im Netz aktiv für Frauenrechte einsetzten, zunehmend geschlechtsspezifische Drohungen als Reaktionen auf ihre Meinungsäußerungen. Diese steigende Diskriminierung und Bedrohung von frauenpolitischen Akteurinnen im Internet ist nicht hinnehmbar.

Über 90 Prozent der Kinder zwischen 4 und 13 Jahren besitzen ein Smartphone, über die Hälfte auch einen Computer oder ein Tablet. Regeln für das Verhalten im Internet müssen Kindern beigebracht werden. Neben den Eltern ist hier vor allem das System Schule gefragt. Der Erwerb digitaler Kompetenz muss über den Programmierunterricht hinausgehen. Für die Erkenntnis, dass persönliche Daten in Chatträumen nicht veröffentlicht werden sollten und damit Kinder bei der Aufforderung, ein Foto von sich an fremde Personen zu senden, stutzig werden, bedarf es verstärkter Aufklärungsarbeit.

Zwar verfügt die Polizei des Landes Brandenburg mit dem „Cyber-Competence-Center“, welches am Landeskriminalamt angesiedelt ist, bereits über eine kompetente Stelle zur Bekämpfung von Cyberkriminalität. Schwierig gestaltet sich jedoch die Anwerbung qualifizierten Personals. Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg als akademische Ausbildungsstätte der Landespolizei kann durch die Stärkung der Ausbildungsmodule zum Thema „Cyberkriminalität“ in diesem Bereich Abhilfe schaffen.

Der jüngste „Doxing“-Vorfall, welcher Anfang Januar 2019 der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, zeigt, dass eine Vernetzung der für die Abwehr von Cyberkriminalität zuständigen Behörden für eine erfolgreiche Arbeit erforderlich ist.

Die Landesregierung soll deshalb ihre Möglichkeiten, für mehr Sicherheit im digitalen Raum besser nutzen. Die Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“ ist eine Möglichkeit, um eine weitere Steigerung von Straftaten im digitalen Raum einzudämmen und Freiheit und Sicherheit im Netz zu stärken.